Positionspapier des „Entwicklungspolitischen Netzwerkes der Migrantenorganisationen in Thüringen – MigraNetz Thüringen" zur Migrations- und Asylpolitik im Freistaat Thüringen

Tagtäglich erreichen neue Flüchtlinge aus den Kriegs- und Krisengebieten der Länder des arabischen Raums, Osteuropas und Afrikas die Grenzen der Europäischen Union. Sie fliehen vor den Kriegsgräueln in ihrer Heimat und menschenunwürdigen Lebensbedingungen. Die Europäische Union ist bislang weder im Bereich einer vernünftigen Gestaltung der Migrationspolitik, noch auf dem Gebiet der humanitären Unterstützung der betroffenen Länder durch entwicklungspolitische Maßnahmen ihrer politischen Verantwortung gerecht geworden. Unzählige Menschen haben bereits auf dem Land- und Seeweg nach Europa ihr Leben lassen müssen. Mittlerweile ist jedoch angesichts der jüngsten Entwicklungen offenkundig, dass diese Politik der Abschottung auch in der Praxis nicht mehr haltbar ist. Die Länder der Europäischen Union und auch die Bundesrepublik Deutschland müssen mehr Verantwortung übernehmen, um die hehren Ziele des friedlichen Miteinanders und der Wahrung der Menschenrechte, zu denen sich die Mitgliedsstaaten der EU bekennen, auch wirklich umzusetzen.

Auch wenn die Regelung der gesetzlichen Maßnahmen im Bereich der Migrations- und Asylpolitik der Bundesregierung bzw. dem Bundestag obliegt, so können die Regierungen der Bundesländer sehr viel bewirken, um die derzeitigen Missstände und die langfristigen Perspektiven von Migrant/innen in Deutschland zu beheben bzw. zu verbessern. Dies betrifft sowohl die Diskussion gesetzlicher Vorhaben auf der Ebene des Bundesrates als auch die konkrete Förderung politischer Vorhaben durch Stellungnahmen und Initiativen, die Bildung besserer Rahmenbedingungen beispielsweise durch die Schaffung von neuen Unterkünften und beruflichen Perspektiven für Migrant/innen und die finanzielle Unterstützung von Projekten vor Ort, die den Lebensalltag von Migrant/innen erleichtern und ihnen eine langfristige Möglichkeit für ein würdiges, eigenständiges Leben in der Bundesrepublik Deutschland eröffnen.

Das Entwicklungspolitische Netzwerk der Migrantenorganisationen in Thüringen – MigraNetz Thüringen fordert die Thüringer Landesregierung deshalb dazu auf:

1. **Die Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern in Thüringen zu verbessern.** Es müssen zusätzliche Räumlichkeiten geschaffen werden, um die neuen Migrant/innen in menschenwürdiger Form aufnehmen zu können. Die Unterbringung von Familien muss in einer Art und Weise erfolgen, die die Bewahrung des Familienverbandes und die Aufrechterhaltung familiärer Werte gewährleistet. Auch bedarf es neuer Anstrengungen, um in Zusammenarbeit mit den Kommunen mehr dezentrale Unterbringungsmöglichkeiten vor Ort bereitzustellen, damit die Zuwanderinnen und Zuwanderer besser in ihre unmittelbare Umgebung integriert werden können. Das vielerorts praktizierte ehrenamtliche Engagement der Bundesbürger ist unverzichtbar, darf aber kein Einfallstor für eine finanzielle Zurückhaltung der Landesregierungen in der Migrations- und Asylpolitik bieten. In diesem Zusammenhang ist auch eine stärkere finanzielle Beteiligung des Bundes erforderlich.

2. **Die Rahmenbedingungen für die langfristige Integration von Migrantinnen und Migranten zu schaffen**. Es müssen mit staatlicher Unterstützung mehr Anlauf- und Beratungsstellen für Zuwanderinnen und Zuwanderer geschaffen werden, die deren Ankunft in ihrem neuen Heimatland erleichtern. Auch ist es notwendig, den Neuankömmlingen im Freistaat Thüringen berufliche Perspektiven zu bieten und ihre sprachliche Ausbildung im Rahmen von entsprechenden Kursen stärker zu fördern. Dafür müssen bereits bestehende wirkungsvolle Kooperationen von staatlichen Einrichtungen (Bundesagentur für Arbeit), Unternehmen und sozialen Trägern (bspw. Arbeiterwohlfahrt) wie das IQ-Netzwerk Thüringen auch durch die Einbindung von

Migrantenorganisationen/Integrations-, Migrations- und Ausländerbeiräten gestärkt und ausgebaut werden, um die Integration der neuen Migrant/innen in den Arbeitsmarkt befördern. Gleichzeitig muss die Landesregierung dafür Sorge tragen, bessere Bedingungen für eine Arbeitsaufnahme der Migrant/innen zu schaffen.

3. **Den interkulturellen Dialog zwischen Bundesbürgern und Migrant/innen zu fördern.** Für fremdenfeindliche Haltungen und Spannungen darf in einer immer stärker kulturell vielfältigen und pluralistisch-demokratischen Gesellschaft kein Platz sein. Vielmehr müssen kulturelle Vorbehalte und xenophobische Einstellungen zielgerichtet durch Informations- und Wissensvermittlung abgebaut werden, um ein friedliches Miteinander der Kulturen zu gewährleisten. Die Landesregierung sollte aus diesem Grund durch die stärkere Unterstützung von entsprechenden Initiativen und Projekten (politische Bildungsarbeit, soziokulturelle Vorhaben) auch im Rahmen des „Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit" sowie innerhalb der „Lokalen Aktionspläne"/„Lokalen Partnerschaften für Demokratie" zur Stärkung der Willkommenskultur ein wirkungsvolles Signal für eine offene und konsequent antirassistische Gesellschaftsstruktur setzen.

4. **Die Teilhabe von Migrantinnen und Migranten an der bundesdeutschen Gesellschaft zu stärken.** Zuwanderinnen und Zuwanderer erhalten noch zu wenige Chancen, um ihre Fähigkeiten zur Entfaltung zu bringen und sie wirkungsvoll im Sinne der Entwicklung unserer Gesellschaft nutzen zu können. Sie benötigen außerdem mehr Mitspracherechte, um ihre Perspektiven als mündige Bürger sichtbar zu machen. In diesem Sinne muss sich die Landesregierung dafür einsetzen, dass Migrant/innen unabhängig von ihrem Herkunftsland vom kommunalen Wahlrecht Gebrauch machen können. Auch bedarf es einer stärkeren Förderung der Eigeninitiative von Migrantinnen und Migranten im Sinne der Unterstützung der Gremien (Integrations-/Migrations-/Ausländerbeiräte) und Organisationen der migrantischen Diaspora (Migrantenselbstorganisationen). Hier müssen Maßnahmen getroffen werden, die darauf abzielen, die Expertise der Migrantinnen und Migranten im Bereich der Migrations- und Asylpolitik stärker zur Geltung zu bringen und die demokratische Teilhabe von Zuwanderinnen und Zuwanderern sowohl finanziell als auch ideell stärker zu fördern. In diesem Zusammenhang ist es auch notwendig, die interkulturelle Öffnung staatlicher Einrichtungen zu erweitern.

5. **Entwicklungspolitik in globalen Zusammenhängen zu gestalten.** Weltweit fliehen Menschen vor lebensunwürdigen Bedingungen aus ihren Herkunftsländern. Die Staaten der Europäischen Union dürfen nicht länger die Augen davor verschließen, dass die aktive und passive Unterstützung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in anderen Regionen im Sinne der ökonomischen Ausbeutung, unfairer Handelsbedingungen und der politischen Marginalisierung bestimmter Länder eine wesentliche Ursache der Zunahme von Flucht und Vertreibung bilden. Aus diesem Grund müssen seitens der Landesregierung entwicklungspolitische Maßnahmen unterstützt werden, die auf eine wirkungsvolle, langfristige Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in den Ländern des Südens abzielen. Zugleich bedarf die politische Bildungsarbeit einer stärkeren Förderung, um die deutschen Staatsbürger auf globale Zusammenhänge und ihre Verantwortung für die Gestaltung der Lebensbedingungen in den Ländern des Südens aufmerksam zu machen (Konsumverhalten) und zu sensibilisieren. Dafür müssen seitens der Landesverwaltung für die entwicklungspolitische Arbeit der migrantischen Diaspora in Thüringen insbesondere durch die Beteiligung an entsprechenden Förderstrukturen (Eine-Welt-PromotorInnenprogramm) neue finanzielle Rahmenbedingungen geschaffen werden, die eine langfristige und nachhaltige Tätigkeit der Organisationen ermöglichen.

gez.: i. V. des Sprecherrats des MigraNetz Thüringen